

Indiens Innenpolitik im Berichtsjahr

VON

Joachim Betz

Innenpolitisch stand das Jahr 1998 im Zeichen des Wahlsieges der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) und der anschließend recht mühsamen Regierungsführung durch eine Koalition, an der neben der BJP bis zu 17 Partner (je nach Zählung) beteiligt waren, im wesentlichen regionalistische Splitterparteien mit vergleichsweise geringem Anhang. Der zweite, eher überraschende Trend war der – parallel zur recht schnellen Abnutzung der neuen Regierung – stattfindende politische Wiederaufstieg der Kongreßpartei unter ihrer neuen Präsidentin Sonia Gandhi, der in den unerwartet hohen Wahlerfolgen bei den Landtagswahlen im Spätherbst gipfelte. Der dritte wesentliche innenpolitische Trend war eine deutliche Verschlechterung von „law and order“ in etlichen Landesteilen, die sich in zunehmenden Attacken gegen die christliche Minderheit und gegen die sogenannten Kastenlosen (Dalits) ausdrückte.

Zur Jahreswende 1997/98 schien das Schicksal der ehrwürdigen Kongreßpartei besiegelt; gegen ihren alles andere als charismatischen Präsidenten Sitaram Kesri, der gerade noch die bisher regierende Minderheitsregierung der United Front zu Fall gebracht hatte, braute sich ein Unwetter zusammen, verstärkt durch Abspaltungen einiger regionaler Einheiten (in Westbengalen unter Mamata Banerjee, in Tamil Nadu, Orissa und Karnataka). Geplante Wahlabsprachen in einigen Unionsstaaten kamen nicht zustande. In einer Verzweiflungstat beschloß daraufhin die Kongreßführung, Sonia Gandhi, die Witwe des 1991 ermordeten Premiers Rajiv Gandhi, die schon lange (über diverse Parteistiftungen) als graue Eminenz im Hintergrund wirkte, um Beteiligung an der Wahlkampagne zu bitten. Zur allgemeinen Überraschung sagte

die lange Zögernde zu und stieg auch gleich recht kraftvoll in den Wahlkampf ein, und zwar an dem Ort, an dem ihr Mann ermordet worden war.

Die BJP schien zunächst vom Glück verfolgt; sie war sehr geschickt darin, ihre Wahlplattform zu verbreitern, wobei sie mit etlichen Regionalparteien (darunter der AIADMK unter J. Jayalitha in Tamil Nadu, dem Bharatiya Janata Dal in Orissa, dem Akali Dal, der gemäßigten Partei der Sikhs, im Punjab) Wahlabsprachen treffen, ihre soziale Basis verbreitern und sich aus der bisherigen politischen Isolation befreien konnte. Die Partei beabsichtigte nach ihrem erst Anfang Februar 1998 vorgestellten Wahlmanifest, das erstaunlich prononcierte nationalistische Positionen bezog, die serienmäßige Produktion von Raketen aufzunehmen und die Option für neue Nuklearwaffentests aufrechtzuerhalten. Heimische Unternehmen (vor allem im Konsumgüterbereich) sollten mindestens weitere sieben bis zehn Jahre vor ausländischer Konkurrenz geschützt, in den sensiblen Fernmelde- und Versicherungsbereichen sollten allenfalls ausländische Minderheitsbeteiligungen (maximal ein Viertel) geduldet werden. Auch langjährige hinduchauvinistische Forderungen (einheitliches Zivilrecht, Abschaffung des Autonomiestatus von Kaschmir, Tempelbau in Ayodhya und anderswo) fanden sich in dem Manifest, wurden aber während des Wahlkampfes nur vorsichtig präsentiert.

Der Wahlkampf wurde mehr oder weniger zum – programmatisch inhaltsleeren – Schaukampf zweier Persönlichkeiten, zwischen dem 72jährigen Atal Bihari Vajpayee, einem Intellektuellen, glänzenden Redner, Dichter und politischen Veteran, auf der einen Seite und der ursprünglich publikumsscheuen, des Englischen (und noch mehr des Hindi) kaum mächtigen, bislang unpolitischen Dame italienischer Herkunft auf der anderen Seite. Der Junggeselle Vajpayee stellte sich als politisch gemäßigter Hausvater seiner Familie von Hinduverbänden dar, Sonia Gandhi trat stets begleitet von ihren Kindern auf und brachte das Argument der Nehru-Dynastie als Wahrerin der Interessen der breiten Bevölkerung ins Spiel. Politische Zukunftsvisionen hatte sie zunächst nicht zu bieten. Sie wurde von der BJP denn auch zunächst als Leichtgewicht behandelt, später mit zunehmendem Erfolg ihrer Kampagne – die sich auch an steigenden Prognosewerten ablesen ließ – wurde ihre ausländische Herkunft aggressiver aus Korn genommen.

Kurz vor der Wahl hatte der Gouverneur von Uttar Pradesh Chefminister Kalyan Singh (BJP) für abgesetzt erklärt, weil ihm eine Gruppe von Überläufern aus der Kongreßpartei und vom Janata Dal die Unterstützung wieder entzogen hatten. Der Gouverneur setzte einen Nachfolger ein, ohne Kalyan Singh die Möglichkeit einzuräumen, ausreichende parlamentarische Unterstüt-

zung nachzuweisen. Wenige Tage amtierten denn auch zwei Landesväter, bis das Obergericht des Landes die Absetzung für nichtig erklärte. Prompt beschloß der Großteil der Rebellen, es lieber wieder mit der alten Regierung zu probieren. Gouverneur Bhandari, der schon früher Parteilichkeit an den Tag gelegt hatte, wurde Mitte März durch die neue Regierung seines Amtes enthoben.

Die Unterhauswahlen verliefen aus Sicherheitsgründen in mehreren Etappen vom 22. Februar bis 2. März 1998 (in Kaschmir am 7. März), die Auszählung erfolgte erst nach dem Abschluß der letzten Runden. Die Wahlen verliefen ordnungsgemäß; Gewalttätigkeiten größeren Ausmaßes wurden nur aus Bihar gemeldet. Der Wahlausgang bot kaum Überraschungen: Die BJP wurde erwartungsgemäß stärkste Partei (180 von 537 Sitzen), zusammen mit ihren 12 Verbündeten erreichte sie 252 Sitze, also immer noch deutlich weniger als die absolute Mehrheit. Die Kongreßpartei erreichte anteilmäßig sogar ein leicht besseres Ergebnis als die BJP (25,7 zu 25,5%), konnte dies aber angesichts mäßig erfolgreicher Wahlallianzen nur in 140 Sitze (zusammen mit Verbündeten 166 Sitze) verwandeln. Große Wahlverliererin wurde die vordem regierende United Front, deren Parlamentssitze sich von 180 (1996) auf 98 fast halbierten. Die BJP konnte ihre Dominanz vor allem im Hindigürtel behaupten (allein im Bundestaat Uttar Pradesh gewann sie 54 Sitze); im Süden (Ausnahme: Karnataka) faßte sie ebensowenig Fuß wie im Osten. Sozial gelang es ihr, einen Teil der Niedrigkastigen für sich zu gewinnen. Dafür mußte sie in Unionsstaaten, in denen sie die Regierung gebildet hatte (insbesondere Rajasthan und Maharashtra) Rückschläge hinnehmen. Überdies fielen die Sitzgewinne bei ihren Partnern stärker aus als bei ihr selbst. Ähnlich erging es der Kongreßpartei, die gerade dort Stimmen verlor, wo sie die Landesregierung stellte, die aber auch in ihrer früheren Hochburg Uttar Pradesh keinen Boden gut machen konnte. Innerhalb der United Front wurden vor allem die Partei der beiden früheren Premiers (der Janata Dal) und die beiden Regierungsparteien in Tamil Nadu geschwächt; stärkste Fraktion innerhalb der alten Front wurden damit die Kommunisten (CPI-M).

Zwar erhoben schon vor Auszählung der Wahlergebnisse sowohl die BJP als auch die Kongreßpartei Anspruch auf die Regierungsbildung. Beim Kongreß setzte sich aber schon bald die auch von Sonia Gandhi vertretene Position durch, erst einmal in der Opposition Kraft zu schöpfen. Für A.B. Vajpayee, den Kandidaten der BJP, erwies sich das Schmieden einer regierungsfähigen Koalition als unerfreuliches Unterfangen, das schon die späteren Probleme der Regierungsführung ahnen ließ. Der Haryana Lok Dal trat der Koalition

nur unter dem Versprechen der baldigen Aufkündigung des Regierungsbündnisses in Haryana bei, die Vorsitzende der AIADMK (des stärksten Koalitionspartners); J. Jayalitha forderte als Bedingung ihrer Unterstützung gar die Amtsenthebung ihrer in Tamil Nadu regierenden Gegner (der Dravida Munnetra Kazhagam – DMK), die Besetzung des Finanzministeriums durch ihren Gefolgsmann Subramaniam Swamy, die Einführung von Tamil als nationaler Sprache und eine Neuregelung der Wasserzuteilung in Südindien. Die Besetzung des Finanzressorts mochte die BJP nicht zugestehen, weil der dafür vorgesehene Kandidat ihre Partei vor etlichen Jahren verlassen hatte. Der Sturz der DMK-Regierung in Tamil Nadu hätte verfassungsrechtliche Probleme mit sich gebracht; die Forderung war im wesentlichen durch die Tatsache motiviert, daß Jayalitha durch die DMK-Regierung die Betreibung von acht Gerichtsverfahren erwarten mußte, die gegen sie anhängig waren. Die Kooperationsverweigerung in diesen beiden Punkten, die durch großzügige Bedienung der AIADMK mit Ressorts nur partiell kompensiert wurde, sollte noch ein Nachspiel haben. Nicht viel einfacher als J. Jayalitha war die Volkstribunin von Westbengalen und Führerin des Trinamul Congress, Mamata Banerjee, zu handhaben, die sich zunächst nur zur Unterstützung der Regierung von außen bereitfand. Dem kleinen Partner Biju Janata Dal (BJD) mußte die Regierungsteilnahme mit zwei Ministerien schmackhaft gemacht werden. Zum Zünglein an der Waage bei der Mehrheitsbildung wurde schließlich der Chefminister von Andhra Pradesh und Präsident der Telugu Desam Party (TDP), Chandrababu Naidu, der zwar der United Front angehört hatte, sich von dieser aber wegen ihrer zumindest taktischen Annäherung an den Kongreß immer mehr entfremdete. Versüßt wurde der Frontwechsel ihm und seiner Partei – die eine formale Regierungsbeteiligung allerdings ablehnten – durch die Wahl des völlig unerfahrenen TDP-Politikers C.M.G. Balayogi zum neuen Parlamentspräsidenten.

Rücksicht auf die meist regionalistischen Koalitionspartner zwang die BJP auch zu einer starken Verdünnung ihres „Hindutva-Projektes“ und zu Mäßigung vor allem in der Minderheiten- und Kaschmir-Politik. In der Regierungserklärung war vom weiteren Ausbau der Nuklearkapazitäten, von der Abschaffung des Art. 370 (Autonomiestatus von Kaschmir), von der Einführung eines allen (auch den Muslimen) gemeinsamen Zivilrechts und vom Tempelbau in Ayodhya keine Rede mehr. Die Vereidigung der neuen Koalitionsregierung unter Führung der BJP fand am 19. März statt.

In der Kongreßpartei wurde Sonia Gandhi noch im März zur neuen Fraktionsführerin bestimmt; sie setzte damit den Ambitionen ihres wichtigsten

Konkurrenten Sharad Pawar ein frühes Ende. Sie besetzte in der Folge den Koordinationsausschuß zwischen Kongreß und den anderen säkularen Parteien alleine. Parlamentarier, die in ihren Wahlkreisen verloren hatten, wurden ins Oberhaus gehievt; allgemein erwartete man von ihr eine gründliche Reorganisation der Partei. Dies war auch schon deshalb nötig, weil die oberen Ränge der Partei überwiegend mit altgedienten Bürokraten besetzt waren. Ihre Bestellung zur neuen Parteipräsidentin sollte sich nur noch als Formalie erweisen; schon im April wurde sie vom Vorstand designiert. Altpräsident Sitaram Kesri wurde relativ rüde das Ende seiner Karriere signalisiert; ohne Abwahl verließ er schließlich das Schlachtfeld seiner Nachfolgerin, der freie Hand bei der Umstrukturierung der Partei gegeben wurde.

Der neue Premierminister sollte in seinem Amt nicht lange Freude haben; die sich schon bei der Regierungsbildung abzeichnenden Konfliktlinien brachen alsbald offen auf. Im Zentrum stand dabei zunächst die AIADMK. Einer der von dieser Partei gestellten Minister (S.R. Mutiah) mußte bereits 21 Tage nach Regierungsantritt das Kabinett verlassen, weil es wegen einer Korruptionsaffäre zu einer formalen Anklageerhebung gegen ihn kam. Er war ohnedies nur widerstrebend ins Kabinett aufgenommen worden. AIADMK-Präsidentin Jayalitha forderte erfolglos den umgehenden Ersatz des fallengelassenen Ministers durch einen anderen Abgeordneten ihrer Partei und – erneut – die Verhängung der Direktverwaltung über Tamil Nadu durch den Präsidenten. Als Premierminister Vajpayee auch noch den damit aufs Korn genommenen Chefminister Karunanidhi in Neu-Delhi empfing, war die Verärgerung der AIADMK-Führerin komplett. Als gegen einen weiteren Minister der neuen Regierung Anklageerhebung drohte, forderte sie im Sinne der Gleichbehandlung dessen sofortige Entlassung und die all jener, gegen die überhaupt Verfahren anhängig seien, womit sie auch auf den mächtigen BJP-Innenminister Advani zielte. Der Konflikt eskalierte mit persönlichen Gegenangriffen auf Jayalitha und aufgrund der Entlastung der DMK-Regierung in Tamil Nadu durch den Staatssekretär des Inneren. Dieser hatte in seinem Bericht eine Verbesserung der inneren Ordnung in diesem Unionsstaat behauptet und damit der Forderung der AIADMK nach Entlassung der Landesregierung den Boden entzogen. Premierminister Vajpayee sah sich genötigt, seinen politischen Berater auf eine Versöhnungsreise gen Süden zu schicken; hier wie später zeigte sich seine Neigung, Konflikte auszusitzen, statt sie aktiv anzugehen.

Die neue politische Lage in Indien brachte auch die bisherige politische Strategie der kommunistischen Parteien durcheinander. Während einige Landesverbände, in denen die Kongreßpartei wichtigste Konkurrentin der Kom-

munisten ist, Äquidistanz zu den beiden größten indischen Parteien empfohlen, plädierte der westbengalische Verband unter Chefminister Jyoti Basu für eine taktische Kooperation mit der Kongreßpartei, vor allem für die demnächst anstehenden Wahlen. Die letztgenannte Linie konnte sich auf der Sitzung des Politbüros Mitte April nicht durchsetzen.

In den nächsten Monaten setzte sich der interne Stellungskrieg innerhalb der Regierung fort, hauptsächlich zwischen dem Premierminister und der AIADMK-Präsidentin Jayalitha. Die gegen diese anhängigen Verfahren konnten mit der gezielten Versetzung der Richter und Ermittlungsleiter aufgeschoben werden. Als nennenswerte andere Aktivität der neuen Regierung fiel nur die Ernennung neuer, regierungsnaher Gouverneure ins Auge. Den Anschein von Bewegungslosigkeit versuchte Premierminister Vajpayee dadurch zu korrigieren, daß Arbeitsgruppen für bestimmte politische Aufgaben (Reform der Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern, Reform der Industriegesetze etc.) eingesetzt und Initiativen zur Beschleunigung der Bewilligung von Auslandsinvestitionen, zur Überarbeitung des Unternehmensrechts sowie eine neue Wohnungsbaupolitik angekündigt wurden.

Eine neue Konfliktlinie, die sich in den nächsten Monaten noch intensivieren sollte, wurde im Mai zwischen der Regierung einerseits und der sie tragenden Partei und den mit ihr affilierten Hinduorganisationen andererseits deutlich. Kommt eine von Kadern getragene Bewegung wie die BJP an die Macht, ist eine Entfremdung zwischen Basis und Regierung kaum zu vermeiden, zumal wenn die Parteiideologie nicht bruchlos in Regierungspraxis übersetzt werden kann, verdiente Kader nicht alle mit Posten abgefunden werden können und sich nun auch die Frage der politischen Perspektive schärfer stellt. Um die zunehmenden Spannungen zwischen Regierung und Partei einzudämmen, wurde ein gemeinsamer Ausschuß eingesetzt. Gleichzeitig lancierte die Parteiführung neue Visionen wie die Einführung eines präsidentiellen Systems in Indien, die stärkere Integration der Unter- und Niedrigkastigen in die Partei sowie ihre stärkere Ausbreitung im Süden und Osten des Landes.

Mit den fünf Atomtests Ende Mai wendete sich die interne Stimmungslage zunächst entschieden. Der Premierminister hatte für diese Tests schon Anfang Mai grünes Licht gegeben; nicht einmal der Verteidigungsminister, der zwischenzeitlich verbale Attacken gegen die VR China ritt, war informiert worden. Die Tests boten der Regierung die Chance, der Bevölkerung ihre Entschlußkraft zu demonstrieren und natürlich Indiens Anspruch auf welt-politischen Status darzutun. Konsequenterweise verfielen die Regierung, aber auch große Teile der Öffentlichkeit in nationale Euphorie, an der sich zunächst

auch die Kongreßpartei beteiligte, bis sie sich vorsichtig wegen der Aufkündigung des bisher geltenden außenpolitischen Konsenses durch die Regierung distanzierte. Diese war genötigt ihre Anhänger von allzu übertriebenen Reaktionen (Tempelbau auf dem Testgelände) abzuhalten, zumindest so lange, bis sich der Enthusiasmus angesichts internationaler Sanktionen, der pakistanischen Reaktion mit eigenen Tests und der Erkenntnis, daß Indien dennoch nicht in den Atomklub aufgenommen würde, deutlich zu legen begann.

Nach den Tests erfolgte auch eine Wiederannäherung zwischen Kongreß und Kommunisten (CPI-M); letztere waren zu der Ansicht gelangt, sie hätten (ähnlich wie in der Weimarer Republik) keine Alternative zu einer Koalition aller säkularen Kräfte. Die Kongreßführung knüpfte auch neue Kontakte zu Expremier Dewe Gowda, um eine Allianz in Karnataka gegen die BJP-Lok-Shakti-Regierung zu bilden. Die Kongreßfraktion in Bihar wurde angewiesen, sich an der Unterminierung der Landesregierung des BJD in Bihar nicht zu beteiligen, um eine künftige Alternative zur Zentralregierung nicht zu schmälern. In Bihar, wo nach wie vor die Ehefrau des in Skandale verwickelten Exchefministers Laloo Prasad die Regierung führte, kam es mit der Ermordung von zwei Landtagsabgeordneten im Juni zu einem weiteren Verfall von „law and order“. Dies nutzten der Landesverband der BJP und deren Verbündete für die Forderung nach Entlassung der Regierung und Direktverwaltung durch die Zentrale. Der Premierminister konnte freilich diesem Verlangen nicht nachkommen, weil dies entsprechende Forderungen seiner beiden starken Damen in der Koalition nach Entlassung der Landesregierungen in Tamil Nadu und Westbengalen nach sich gezogen hätte. Dies vor allem auch deswegen, weil ein Sondergericht in Chennai Anfang Juni die Pfändung eines Teils des Besitzes von AIADMK-Parteiführerin Jayalitha und deren Freunden beschloß. Der Partei angehörende Unterhausabgeordnete boykottierten zeitweilig die Parlamentssitzungen, um gegen die Untätigkeit der Zentrale in Tamil Nadu zu protestieren. Wenig später – die Beziehungen zwischen AIADMK und dem Rest der Koalition erreichten nun den Tiefstand – wies J. Jayalitha die Abgeordneten ihres Lagers an, sich auch bei den Parlamentsdebatten anlässlich der Vorlage des neuen Haushalts nicht zu beteiligen. Teile der BJP machten sich bereits auf den Kollaps der Regierung gefaßt oder meinten, es sei besser einen rechtzeitigen Abgang zu machen bzw. die Zeit bis dahin wenigstens zur teilweisen Umsetzung einer hinduradikalen Agenda zu nutzen. Parallel dazu war die CPI-M bestrebt, Perspektiven einer alternativen Regierung mit den früheren Partnern der United Front auszuloten. Die Kongreßführung ließ allerdings erkennen, daß sie mit einem Coup noch warten wolle, bis sich die

wirtschaftliche Lage verschlechtert und die eigene Partei revitalisiert habe. So hatte denn die Regierung vornehmlich deswegen Bestand, weil nicht alle oppositionellen Kräfte sofort Neuwahlen wollten und sich auch nicht vollzählig unter die Fittiche der Kongreßpartei begeben wollten.

Den ersten wirklichen Rückschlag erlitt die Regierung mit dem Scheitern ihres Frauengesetzes, das eine Frauenquote von einem Drittel für die Parlamentssitze vorsah und dessen Vorlage der BJP ein neues, modernes Image verschaffen sollte. Das Gesetz war in ähnlicher Form schon unter der Regierung Dewe Gowda 1996 erfolglos vorgelegt worden; es scheiterte damals wie auch diesmal (Mitte Juli) am Widerstand der politischen Vertreter der Muslime und stärker noch der Niedrigkastigen (Samajwadi Party – SP, BJD etc.), die für Subquoten zugunsten niedrigkastiger Frauen eintraten, weil andernfalls das Gesetz nur elitären Frauen nütze. Bei der Debatte des Gesetzes im Parlament spielten sich häßliche Szenen ab; der Parlamentspräsident sah sich daher zur Absetzung der Debatte genötigt. Schon vorher hatte unter dem Druck der Opponenten (auch innerhalb der beiden großen Parteien) die Kongreßführung ihre Unterstützung des Antrages zurückgezogen.

Die nächste politische Belastungsprobe der Regierung ergab sich aus dem Konflikt zwischen Koalitionspartnern (im wesentlichen J. Jayalitha und Handelsminister Ramakrishna Hedge) über die Wasserverteilung in Südindien (aus dem Fluß Cauvery), ein Konflikt, der in der Regierungsvereinbarung mit Verweis auf die nationale Wasserpolitik bisher nur zugekleistert worden war. Anfang August konnten sich unter Vorsitz des Premierministers Vajpayee die Chefminister von Tamil Nadu, Karnataka, Kerala und Pondicherry auf die Verteilung einigen; üppige Niederschläge in den letzten Jahren machten es Karnataka leicht, der Abgabe ausreichender Wassermengen an die Anrainer am Unterlauf zuzustimmen. Die AIADMK stimmte dem Abkommen nicht zu, sondern brandmarkte es als Ausverkauf tamilischer Interessen. Dabei spielte neben sachlichen Gründen – die Verteilung in den kritischen Dürrewochen war nur unzureichend geregelt – eine Rolle, daß das Abkommen mit den Opponenten der AIADMK geschlossen wurde (der Landesregierung), die diese ja so schnell wie möglich entlassen sehen wollte. Jedenfalls verlangte Jayalitha Änderungen am Abkommen, widrigenfalls sie die Koalition verlassen werde. Ihre Kontaktaufnahme zum Kongreß wurde dort aber verhalten aufgenommen; dazu kam, daß die Partner der AIADMK den Koalitionsbruch nicht mitvollziehen wollten, so daß Jayalitha schließlich zum Einlenken genötigt war.

Auch ein anderes politisches Projekt der Regierung kam nicht von der Stelle, nämlich die Bildung von drei neuen Unionsstaaten. Es handelte sich dabei um Uttarakhand (die Himalayaregion von Uttar Pradesh), Chattisgarh (Teile von Madhya Pradesh) und Vananchal (das südliche Hochland von Bihar, das überwiegend von Stammesbewohnern bevölkert ist). Dieser Vorschlag rief zunächst die Forderung nach Bildung weiterer Staaten hervor; später massiver werdende Widerstände von Gruppen, die durch die Neubildung diskriminiert worden wären. Insbesondere die Bildung des neuen Staates Vananchal hätte dem bisherigen Staat Bihar, dem Armenhaus Indiens, seine letzten Bodenschätze und Industrieanlagen entzogen. Bihars Politiker forderten daher finanzielle Entschädigung bzw. Ablehnung des Projektes; Laloo Prasad setzte sich an deren Spitze, nachdem er wenige Monate vorher die Bildung des neuen Staates gutgeheißen hatte. Da die Opponenten offenkundig die Bevölkerung im Lande hinter sich hatten und auch die politische Vertretung der Sikhs Widerstand gegen die Abgabe eines Distrikts an den neuen Staat anmeldete, wurde das Projekt zunächst aufgeschoben.

Einen weiteren Einbruch erlebte die Unionsregierung, als sich Staatspräsident K.R. Narayanan Ende September ihrer Forderung widersetzte, die Regierung Bihars ihres Amtes zu entheben. Der der BJP angehörende Gouverneur Bhandari hatte in einem scharfen Bericht an die Unionsregierung nahezu vollständigen Zusammenbruch von Recht und Ordnung festgestellt und dieser damit Handhabe zum Eingreifen geboten. Der Staatspräsident schloß sich dem Urteil des Gouverneurs nicht an und machte damit deutlich, daß er seine Kompetenzen expansiv zu interpretieren gedenkt und einem Mißbrauch des Art. 356 (President's Rule) zu verhindern gewillt war. Die Oppositionsparteien, die der RJD-Landesregierung Rabri Devis nicht gerade besondere Sympathie entgegenbrachten, waren sich gleichfalls einig, daß eine willkürliche Verhängung der Direktverwaltung, womit die BJP im übrigen in die Fußstapfen Indira Gandhis getreten wäre, zu unterbinden sei.

Mitte Oktober kündigt Premier Vajpayee die schon lange erwogene Erweiterung des Kabinetts an, bevor personell und sachlich ein Konsens mit den Partnern erreicht wurde. Erwartungsgemäß präsentierten diese unvereinbare Forderungen, der Akali Dal beanspruchte für künftige Zeiten zudem noch Parlamentssitze außerhalb des Punjab. Nur sechs Stunden nach der Ankündigung wurde die Erweiterung fallen gelassen. Als letztes Projekt scheiterte auch die geplante Hinduisierung der Bildungs- und Kulturpolitik durch den der BJP angehörenden Bildungsminister M.M. Joshi. Dieser hatte Ende Oktober einen Plan vorgelegt zur stärkeren Indisierung und Spiritualisierung des

Schulwesens, worunter er das Studium der Veden und des Sanskrit schon in der Grundschule verstand und – implizit – die Umschreibung der indischen Geschichte. Diese Vorschläge hatte Joshi praktisch ungefiltert von einer Unterabteilung der radikalen Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) übernommen. Entsprechend wurden sie von allen nicht der BJP angehörenden Kabinettsmitgliedern abgelehnt; auf einer Konferenz der Erziehungsminister Ende Oktober boykottierte ein Teil von ihnen bereits die Diskussion über die Vorlage, so daß die Regierung sie zurückziehen mußte. Leider kamen damit auch deren positive Elemente (Dezentralisierung des Schulwesens, Leistungsüberprüfung der Lehrer) zu Fall.

Der November stand unter dem Vorzeichen der zum Monatsende stattfindenden Landtagswahlen in vier Unionsstaaten. Die BJP hatte im Vorfeld Schwierigkeiten mit ihren Partnern bei der Plazierung der Kandidaten, da diese einen unangemessen hohen Anteil für sich reklamierten, die BJP aber gleichzeitig ebenfalls bestrebt sein mußte, ihre politische Basis zu verbreitern. Die Wahlen standen unter dem ungünstigen Stern massiver Preiserhöhungen bei einigen Grundnahrungsmitteln, vor allem bei Zwiebeln. Die Regierung hatte das Problem lange verharmlost und auf die Effekte der erwarteten Rekordernte gehofft; entsprechend lange wurden das Exportverbot und die Subventionierung von Importen hinausgezögert. Bis Oktober hatten sich die Zwiebelpreise gegenüber dem Jahresanfang verzehnfacht, ähnliche Entwicklungen bei anderen Agrarprodukten zeichneten sich ab. Für die Kongreßpartei war dies ein gefundenes Wahlkampfthema. Sonia Gandhi war bestrebt, die Wahlen zu einem Zweikampf zwischen ihr selbst und dem Premier zu machen statt nur zu einem Urteil über lokale Politiker. Sie thematisierte im Wahlkampf insbesondere die schlechte wirtschaftspolitische Bilanz der Regierung und den internationalen Flurschaden, den die Atomtests angerichtet hätten.

Die Kongreßpartei siegte in drei der vier Unionsstaaten, unerwartet hoch in Delhi, wo die BJP noch ihren unpopulär gewordenen Chefminister durch eine Frau (Sushma Swaraj) ersetzt hatte, unerwartet hoch auch im bisher von der BJP regierten Rajasthan. In Madhya Pradesh konnte sich der Kongreß stabilisieren, obwohl Amtsinhaber in Indien normalerweise Verluste hinnehmen müssen; lediglich in Mizoram unterlag die Partei einer regionalistischen Koalition. Die Wahlsiege stärkten die Stellung von Sonia Gandhi ungemein, die die Nominierungen vorgenommen und die Kampagne geführt hatte. Trotz ihrer Triumphe strebte die Kongreßführung weiterhin keine schnelle Ablösung der Regierung an, sondern wollte warten, bis diese von selbst kollabierte. Paradoxerweise verstärkte sich jedoch der Zusammenhalt des Regierungslagers

durch die Niederlage, selbst die schwierigen Partner erklärten ihre Solidarität. Das Treffen des Koordinationsgremiums Ende November bot den Partnern Gelegenheit, Dampf abzulassen und ihre wachsenden Differenzen in der Wirtschaftspolitik zu artikulieren. Dabei wurden auch die zunehmenden Angriffe auf die christliche Minderheit dargelegt.

Diese hatten sich im Verlauf des Jahres 1998 deutlich gegenüber den Vorjahren ausgeweitet, insbesondere im Bundesstaat Gujarat, und gipfelten in der Niederbrennung christlicher Versammlungshäuser und der Vergewaltigung von Nonnen in Madhya Pradesh Ende September. Der Premierminister zeigte sich nach Protestdemonstrationen bemüht, die Ängste der christlichen Gemeinschaft in Indien zu dämpfen; diese Bemühungen erhielten aber einen Rückschlag, als zu Weihnachten Aktivisten des „Forums der erwachenden Hindus“ Kirchen, Krankenhäuser und Schulen der Missionen im Bezirk Dang (Gujarat) angriffen und dem Boden gleichmachten. Hintergrund dieser Angriffe waren Attacken radikaler Hinduorganisationen gegen angebliche massive Konversionsaktivitäten christlicher Gemeinschaften und Aufforderungen an die Missionare, Indien zu verlassen. Wegen enger Verbindung dieser Organisationen zur BJP tat sich diese schwer, sich von den Vorfällen zu distanzieren. BJP-Präsident Thakre gab indirekt gar den christlichen Missionen schuld, da sie durch Konversionen den kommunalen Frieden gefährdeten. Die Regierung geriet durch diese indirekte Komplizenschaft in arge Bedrängnis. Scharfen Attacken der Kommunisten folgten Forderungen anderer linker und liberaler Parteien nach Entlassung der Regierung von Gujarat. Selbst ein Koalitionspartner der Zentralregierung – die TDP – distanzierte sich von den Vorfällen; Handelsminister Ramakrishna Hedge verlangte, daß die BJP ihre radikalen Hinduorganisationen an die Zügel nehme. Unter enormem Druck sah sich die Regierung genötigt, ein Untersuchungsteam über die Ausschreitungen gegen die christliche Minderheit zu entsenden. Die Kongreßpartei schickte kurz danach eine Delegation zum Staatspräsidenten mit der Forderung daß dieser von seinen Ausnahmerechten zum Schutz der Minderheiten (Art. 355) Gebrauch mache. Wenige Tage später forderte der Kongreß die Entlassung der Landesregierung, sekundiert von AIADMK-Präsidentin Jayalitha, die ihrem Koalitionspartner Doppelstandards vorwarf.

An den Vorfällen zeigte sich, daß sich die Regierung und ihr radikaler Hinduanhang zunehmend entfremdet hatten, eine Tendenz, die sich im Jahresablauf verstärkt hatte (siehe auch den Beitrag über die indische Parteienlandschaft). RSS, Vishwa Hindu Parishad (VHP) und andere Gruppen nahmen v.a. an der Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformagenda durch die Regie-

rung Vajpayee Anstoß. Dabei ging es vor allem um die Vorlage eines Gesetzes zur Liberalisierung des Versicherungssektors, der bisher ein staatliches Monopol darstellte, und die Anpassung der indischen Patentgesetze an die Erfordernisse des WTO-Vertrages. Gegen beides liefen radikale Hinduorganisationen Sturm, unterstützt übrigens von den Parteien der Niedrigkastigen (Rashtriya Lok Morcha – RLM) und den Kommunisten, während der Kongreß die Vorlagen – nicht allzu lautstark – unterstützte. Auf Druck des eigenen Anhangs brachte die Regierung Ende 1998 – kurz vor den Parlamentsferien – zunächst das Gesetz über die Neubildung des Staates Vananchal (s.o.) ein, wohl wissend, daß es dabei zu Tumulten kommen würde, die auch die Behandlung des Versicherungs- und Patentgesetzes verhindern würden. So geschah es.

Die nächste Belastungsprobe des Verhältnisses Regierung – Hinduorganisationen kam mit dem geplanten indisch-pakistanischen Cricket-Match, das die in Mumbai zusammen mit der BJP regierende Shiv Sena mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Anhänger der Shiv Sena verwüsteten Anfang Januar 1999 das Gelände in Delhi, auf dem das Match stattfinden sollte. Mitte Januar drangen sie in das Büro des Cricket-Verbandes in Mumbai ein und verwüsteten die Räume und eine Reihe von Trophäen. Innenminister Advani von der BJP verurteilte die Angriffe und drohte der Shiv Sena mit Direktverwaltung in Maharashtra; der Premier versprach ein massives Sicherheitsaufgebot, um die Durchführung der Spiele zu gewährleisten.

Ende Januar 1999 erreichten die Ausschreitungen gegen die christliche Minderheit einen spektakulären Höhepunkt, als bei einem Brandanschlag hindunationalistischer Radikaler (Bajrang Dal) im Bundesstaat Orissa ein australischer Missionar und seine beiden Söhne umkamen. Dort tobte schon seit geraumer Zeit ein Kampf zwischen Christen und Hindus um die Herzen der Stammesangehörigen. Der ermordete Missionar war daran freilich nicht beteiligt, sondern widmete sich der Pflege von Leprakranken. Ohne nähere Untersuchung versuchte Innenminister Advani den Bajrang Dal vom Schuldvorwurf reinzuwaschen. Er geriet damit in schwieriges Fahrwasser; kurz darauf kam die Regierung unter schwere Attacken ihrer Alliierten. Der Trinamool Congress unter Mamata Banerjee schoß sich auf Advani ein und verlangte seinen Rücktritt, die TDP forderte die Einsetzung eines nationalen Entwicklungsausschusses, J. Jayalitha verlangte eine harte Bestrafung der Missetäter und im Kongreß mehrten sich die Stimmen, die auf einer entschiedeneren Politik der Partei in der jetzigen Krise bestanden. Die RLM forderte die Kongreßpartei auf, die Regierung umgehend zu stürzen. Dazu hagelte es auch noch internationale Proteste, auch seitens der Bundesregierung. Zur Schadensbegrenzung

setzte die Regierung ein Treffen des Koordinationsgremiums der Koalition für Anfang Februar 1999 an; 50 Verdächtige wurden in den nächsten Tagen festgenommen. Die Kongreßpartei opferte Chefminister Patnaik von Orissa, vornehmlich auf Initiative von Sonia Gandhi, wobei damit auch noch andere Rechnungen beglichen wurden (er war Gefolgsmann des vorherigen Parteipräsidenten und hatte die Untersuchungen gegen einen Landesstaatsanwalt, der sexueller Belästigung angeklagt war, behindert).

Innerhalb der Koalition knirschte es auch beim Versuch Anfang 1999, den Trinamool Congress (TC) zur aktiven Regierungsbeteiligung zu bewegen und dabei das Kabinett zu erweitern; der TC reklamierte das Eisenbahnministerium für sich, das die TDP besetzt hielt. Diese war auch über die Ende Januar zum Zwecke der dringend nötigen Haushaltskonsolidierung verhängten Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln, Haushaltsgas und Düngemitteln verärgert und forderte angesichts der für die TDP anstehenden Landtagswahlen deren sofortige Rücknahme, assistiert von J. Jayalitha. Der Finanzminister nahm unter diesem Druck Personen unterhalb der Armutsgrenze von den Preiserhöhungen aus. Die besonders widerspenstige Koalitionspartnerin Jayalitha, die sich weigerte, eine Friedensvereinbarung der Koalition zu unterzeichnen, wurde Anfang Februar 1999 dadurch zu besänftigen versucht, daß die Zentralregierung die gegen Jayalitha anhängigen Verfahren den Sondergerichten zu entziehen versuchte, was freilich auf prompte Gegenwehr des Madras High Court traf. Ende Februar verließ ein kleinerer Partner (mit vier Abgeordneten) die Koalition, die sich zur selben Zeit auch ihrer vorläufig größten Belastungsprobe ausgesetzt sah: Ende Januar waren bei einem massiven Kastenkonflikt in Bihar 21 Dalits von paramilitärischen Verbänden im Solde der Großgrundbesitzer getötet worden; der Staatspräsident, der noch im September die Entlassung der Landesregierung verweigert hatte, verlangte nun harte Maßnahmen, die BJP forderte erneut die Verhängung der President's Rule, eine Forderung, der sich der Kongreß und die linken Parteien aus taktischen Gründen noch nicht anzuschließen vermochten. Kurze Zeit später, Mitte Februar, ereignete sich in Bihar ein erneutes Massaker an Dalits durch die gleiche Privatmiliz, die überdies Anschläge angekündigt hatte. Dies zeigte die offenkundige sicherheitspolitische Gleichgültigkeit der Landesregierung, die nun auch nicht mehr zu halten war. Der Staatspräsident verhängte auf Anraten des Innenministers umgehend Direktverwaltung, entließ aber das Landesparlament nicht. Der Kongreßpartei blieb keine Alternative, als trotz Protest linker Parteien ihren potentiellen Verbündeten in Bihar fallenzulassen.